Städte als treibende Kräfte

Ernährungspolitik An einer Tagung in Biel BE wurde deutliche Kritik an der Agrarpolitik 2030+ laut. Gleichzeitig wurde aufgezeigt, welche wichtige Rolle Städte und Gemeinden beim Aufbau nachhaltiger Ernährungssysteme spielen können.

Rahel Thévoz



Johanna Herrigel, Bernhard Koch, Moderatorin Johanna Huber, Mathias Stalder, Rudi Berli und Eva Wyss (v. l.). BILD: RAHEL THÉVOZ

«Wir stehen vor grossen Herausforderungen, und es ist allen klar, wir müssen handeln, wir wollen handeln», sagte Mathias Stalder, Projektleiter Stadt Ernähren, zur Eröffnung der Veranstaltung «Krise Landwirtschaft Klima» in Biel BE, die im Rahmen der Tage der Agrarökologie stattfand. Städte und Gemeinden hätten eine wichtige Rolle beim Aufbau eines nachhaltigen Ernährungssystems.

Nationalrat Rudi Berli (Grüne, GE) kritisierte die aktuelle Agrarpolitik: «Wir haben Probleme mit der Nachhaltigkeit auf allen Ebenen.» Das heutige Ernährungssystem sei weder sozial, ökologisch noch wirtschaftlich nachhaltig. Der Bund anerkenne zwar diese Nachhaltigkeitsprobleme, doch im Projekt der Agrarpolitik 2030+ (AP30+) sei der Tenor gleich wie bisher. Es fehle der politische Wille, eine Kehrtwende zu machen und kleinbäuerliche, diversifizierte, kleinstrukturierte und nachhaltige Landwirtschaft zu fördern. Berli forderte Planungssicherheit, kostendeckende Preise, vergleichbare Einkommen und partnerschaftliche Verträge mit den Abnehmern. «Heute ist es so, dass wir produzieren, und am Schluss sind wir die Restgeldempfänger der Grossverteiler.» Notwendig sei deshalb ein Wechsel vom freien Konkurrenzmarkt zu einer vertraglichen Marktordnung.

Konflikt zwischen Ökologie und Produktion

Kritisch beurteilte Berli auch den Produktionsdruck, der Betriebe zu Spezialisierung, Wachstum und Mechanisierung zwinge und ökologische Konflikte verursache. «Die aktuelle Trennung zwischen Ökologie und Produktion ist auch ein Widerspruch, den wir überwinden müssen.» Die Landwirtschaft müsse als ökologisches Gesamtsystem verstanden werden, das auf lokalen Ressourcen und Kreisläufen basiert. Entsprechend sollten auch die Direktzahlungen stärker auf dieses System ausgerichtet werden.

Johanna Herrigel, Projektverantwortliche Biovision, präsentierte das Projekt «Région à Table», das drei Pilotregionen beim Aufbau regionaler, nachhaltiger und agrarökologischer Ernährungssysteme unterstützt. Gemeinsam mit Gemeinden, Landwirtschaft, Verarbeitung, Handel und Gastronomie werden Visionen für 2040 und konkrete Massnahmen entwickelt. Im Zentrum stehen regionale Lebensmittelkreisläufe, der Zugang zu gesunden Lebensmitteln und die langfristige Zusammenarbeit aller Beteiligten.

Sie diskutierten

Johanna Herrigel, Programmverantwortliche Agrar- und Ernährungspolitik bei Biovision und Projektleiterin «Région à Table»; Bernhard Koch, Fachbereichsleiter Landwirtschaft bei Grün Stadt Zürich und Agronom; Moderatorin Johanna Huber, Co-Geschäftsleiterin Durabilitas; Mathias Stalder, Projektleiter Stadt Ernähren; Rudi Berli, Gemüsebauer, Vorstandsmitglied Uniterre und Nationalrat (Grüne, GE), und Eva Wyss, Leiterin Dienststelle Umwelt, Direktion Bau, Energie und Umwelt der Stadt Biel. the

Der Fachbereichsleiter Landwirtschaft bei Grün Stadt Zürich, Bernhard Koch, stellte die Stadtlandwirtschaft Zürich vor. Auf 22 Betrieben mit rund 830 Hektaren werden biologische Produktion, Biodiversität, vielfältige Anbaukonzepte und lokale Vermarktung gefördert. Die Betriebe sollen zugleich als Erholungs- und Naturräume sowie für solidarische Landwirtschaft, Bildung und Forschung erhalten bleiben.

Mathias Stalder erläuterte die Arbeit des Netzwerks «Stadt ernähren», das sich für eine regionale, biologische und nachhaltige Lebensmittelversorgung in Biel einsetzt. Zu den Zielen gehören der Ausbau regionaler Strukturen bis 2035, eine solidarische Lebensmittelversorgung sowie der Kampf gegen Ernährungsarmut und für das Recht auf gesunde, nachhaltige Lebensmittel.

Eva Wyss, Leiterin Dienststelle Umwelt Stadt Biel, zeigte auf, dass nachhaltige Ernährung ein wichtiger Bestandteil der Klimaschutzstrategie der Stadt Biel ist. Massnahmen umfassen nachhaltige öffentliche Verpflegung, regionale und saisonale Lebensmittel, die Reduktion von Food-Waste, pestizidfreie Landwirtschaftsflächen und Bildungsarbeit. Da das Ernährungssystem rund ein Viertel der konsumbedingten Treibhausgasemissionen verursache, sei es entscheidend für das Klimaziel der Stadt, bis 2050 klimaneutral zu werden. Dafür brauche es auch eine konsequent auf Klima- und Umweltziele ausgerichtete nationale Agrar- und Ernährungspolitik.

In der Podiumsdiskussion waren sich die Teilnehmenden einig, dass die AP30+ den Herausforderungen eines nachhaltigen Ernährungssystems noch nicht gerecht werde. Es brauche unter anderem eine stärkere Förderung pflanzlicher Kulturen, die Umsetzung des Prinzips «Feed no Food», eine nachhaltigere Absatzförderung und verbindliche Zielvereinbarungen entlang der Wertschöpfungskette. Rudi Berli betonte zudem, dass ein nachhaltiges Ernährungssystem ausreichende finanzielle Mittel voraussetze und die Budgetfrage stärker politisch diskutiert werden müsse.

BEBV hat keine Meinung zu Knutti

Unter dem Titel «Fachbewilligung: Bauer gegen Bauer» berichtete der «Schweizer Bauer» am 21. Oktober über den Vorstoss von Nationalrat Thomas Knutti (SVP, BE) zu den Fachbewilligungen Pflanzenschutz. Er fordert, dass bei jährlich nur geringem Einsatz von Pflanzenschutzmitteln keine Fachbewilligung und darum auch keine periodische Weiterbildung nötig sei. Knutti zielt damit auf Berglandwirtinnen und -landwirte, die Blacken mit der Rückenspritze bekämpfen. Ihm widersprach auf Facebook Markus Lüscher, er unterzeichnete ausdrücklich als Präsident der Fachkommission Pflanzenproduktion des Berner Bauernverbandes (BEBV). Die Fachbewilligung sei wichtig und gut, die Forderung sei klar abzulehnen. Nach der Publikation des Artikels meldete sich der BEBV bei der Redaktion und regte eine ergänzende Berichterstattung an, es entstehe der Eindruck, dass innerhalb der Landwirtschaft und des BEBV grosse Uneinigkeit über die Fachbewilligung bestehe. Der BEBV setze sich seit langem für eine zweistufige Fachbewilligung ein. Bereits im Jahr 2018 habe der BEBV gefordert, dass beim Einsatz von Feldspritzen und der Einzelstockbehandlung unterschieden werde. Tatsächlich gibt es ja jetzt auch eine «kleine» und eine «grosse» Fachbewilligung mit unterschiedlicher Dauer der nötigen Weiterbildung. Gefragt, ob der BEVB die Motion Knutti ablehne, befürworte oder sich enthalte, teilte der BEBV mit: «Wir nehmen zu einzelnen parlamentarischen Vorstössen in der Regel keine offizielle Stellung.» Es scheint, als sei der BEBV in dieser Frage zwischen Ackerbauern im Talgebiet, die selbst spritzen und mit der Weiterbildung kein Problem haben, und Bergbauern, die Blacken spritzen, hin- und hergerissen. sal

Parkinson als Berufskrankheit umstritten

TV-Beitrag Hanspeter Binggeli leidet an Parkinson und vermutet einen Zusammenhang mit Pestiziden. Während Deutschland solche Fälle unter bestimmten Voraussetzungen anerkennt, bleiben in der Schweiz die Hürden hoch, wie die SRF-«Rundschau» zeigt.

Hanspeter Binggeli aus Attiswil BE kam schon als Bub mit Pflanzenschutzmitteln in Kontakt. Auf dem elterlichen Betrieb wurden Schutzmassnahmen wenig ernst genommen. In der SRF-«Rundschau» zeigt er seine damalige Schutzkleidung: Sie glich eher einem Regenschutz als einem Schutzanzug, das Gesicht blieb frei. Handschuhe habe man oft weggelassen, weil man damit nicht fein habe arbeiten können.

Binggeli hatte immer wieder diffuse Beschwerden wie etwa Kopf- und Rückenweh. 2021 erhielt er die Diagnose Parkinson. Seither beschäftigt ihn die mögliche Ursache. «Ich habe das Gefühl, es sind relativ viele, die diese Diagnose bekommen. Da mache ich mir schon Gedanken, weshalb wir eine solche Anhäufung von dieser Krankheit haben», sagt er.

Deutschland anerkennt Parkinson

Auch der deutsche Landwirt Wolfgang Hügel ist an Parkinson erkrankt. Seine Krankheit ist weit fortgeschritten, er sitzt im Rollstuhl. Für ihn ist klar, dass die Pestizide schuld sind. In Deutschland gilt Parkinson seit August 2026 unter bestimmten Voraussetzungen als Berufskrankheit. Grundlage ist eine rund 15-jährige wissenschaftliche Untersuchung. Diese habe ein deutlich erhöhtes Erkrankungsrisiko durch Pestizidexposition gezeigt, erklärt Wissenschaftlerin Monika Rieger gegenüber SRF. Die Anerkennung bringt Betroffenen finanzielle Vorteile: Die Unfallversicherung übernimmt geeignete Massnahmen wie beispielsweise einen Treppenlift. Die Krankenkasse finanziere nur das Nötigste.



Können Pflanzenschutzmittel Parkinson verursachen? BILD: ZVG

Schweiz hält sich politisch zurück

Binggeli fragt sich, weshalb die Schweiz nicht denselben Weg einschlägt. «Wieso ist es dort als Berufskrankheit anerkannt und wieso bei uns nicht?» Eine Motion zur Anerkennung wurde im Schweizer Nationalrat deutlich abgelehnt. Bauernverbandspräsident und Mitte-Nationalrat Markus Ritter wollte sich zum Thema nicht äussern. Der Berner SVP-Nationalrat und Landwirt Hans Jörg Rüegsegger begründete dies gegenüber SRF mit der fehlenden Datengrundlage. Auch innerhalb der Fraktion habe es unterschiedliche Einschätzungen gegeben. Nationalrätin und Agronomin Katja Stettler-Riem (SVP, BE) verwies auf die schwer abschätzbaren finanziellen Folgen für Bund und Versicherungen. Es sei unklar, welche Kosten eine Anerkennung auslösen würde. Nationalrat und Landwirt Thomas Knutti (SVP, BE) betonte hingegen, dass eine Anerkennung bereits heute möglich sei, sofern Betroffene den Zusammenhang im Einzelfall nachweisen könnten. Gemäss SRF fehlen in der Schweiz aussagekräftige Daten. Vorhandene Schätzungen stützen sich teilweise auf Erhebungen aus den 1990er-Jahren.

Hohe Hürden für betroffene Landwirte

Eine Anerkennung ist zwar bereits heute möglich, die Anforderungen sind aber hoch. Betroffene müssen nachweisen, dass mindestens 75 Prozent ihrer Erkrankung auf den beruflichen Umgang mit Pflanzenschutzmitteln zurückzuführen sind.

Laut der Unfallversicherung Suva gingen in den vergangenen 40 Jahren weniger als zehn entsprechende Anträge ein. Keiner wurde gutgeheissen. Für Binggeli ist ein solcher Nachweis kaum zu erbringen. «Da kommen die Chemischen und sagen: Ja wissen Sie, unsere Mittel sind gesund. Sie haben es bloss falsch angewendet.» Zudem sind viele Landwirte selbstständig und deshalb nicht UVG-versichert, da dies bei Selbstständigkeit freiwillig ist. Binggeli findet, die Schweiz müsse hier eine Lösung finden. Die heutige Situation lasse Betroffene mit ihrer Krankheit und den finanziellen Folgen weitgehend allein.

Jonas Zbären

Link zum Video

Hier finden Sie den genannten **Rundschau-Beitrag** zum Artikel.

Nachrichten

Bio Suisse: Urs Brändli tritt 2028 zurück

Urs Brändli (Jg. 1963) stellt sich an der Frühjahrs-Delegiertenversammlung 2028 nicht mehr zur Wiederwahl als Präsident von Bio Suisse. Dies geht aus den Unterlagen zur bevorstehenden Herbst-Delegiertenversammlung vom 18. November hervor. Um die Nachfolge frühzeitig zu regeln, schlägt der Vorstand die Einsetzung einer professionell unterstützten Findungskommission vor. Über diesen Vorschlag sollen die Delegierten am 18. November abstimmen. Die Wahl des neuen Präsidiums erfolgt im Rahmen der Gesamterneuerungswahlen des Vorstands im Frühjahr 2028. hal

Dachte Proviande nicht an den Futtermangel?

Marktkenner hatten vor hohen Importfreigaben für Kuhfleisch gewarnt, weil wegen Futtermangel und der laufenden Einstallungen jetzt viele Schweizer Schlachtkühe auf den Markt kommen. Der Proviande-Verwaltungsrat beschloss dennoch den Import von 1300 Tonnen Rindfleisch in Schlachtkörpern von Verarbeitungskühen. Die Marktverläufe in Rothenthurm SZ und Wattwil SG diese Woche und die hohen Anmeldungen für nächste Wochen zeigen, dass die Befürchtungen berechtigt waren. sal